

tische Praxis entwickelt, die durch die gegenwärtig laufende Katechismusrevision hoffentlich nicht allzu kleinlich reglementiert wird. Es sind auch – wenn sie noch die Ausnahme sein mögen – lebendigere Gemeinden im Miteinander von Klerikern und Laien entstanden. Es gibt eine eigenständiger werdende Theologie und mehr produktive Gestalten gerade unter den jüngeren Theologen. Auch im Episkopat gibt es wieder Persönlichkeiten von nationalem Gewicht. Den Patriarchen von Venedig (Cé) oder die Kardinäle von Mailand (Martini) und von Palermo (Pappalardo) kennt man nicht nur in ihren Diözesen (letzteren auch übrigens nicht nur wegen seiner mutigen und ermutigenden Predigten gegen die Mafia). Und es scheint in der italienischen Bevölkerung, trotz ihres säkularistischen Nachholbedarfs und des geschichtlich begründeten scharfen Antiklerikalismus laizistischer Führungseliten, auch noch ein *breiterer Resonanzboden für kirchliche Verkündigung* dazusein als etwa in Frankreich oder in der Bundesrepublik. Fast alle einschlägigen Daten aus einer erst in Teilen bekannten europäischen Vergleichsstudie bestätigen dies. Auch der Bruch zwischen der älteren und der jüngeren Generation im religiösen Profil ist nicht so ausgeprägt wie in der Bundesrepublik. Ein wenig Zuversicht trägt die Kirche Italiens als eine

„entwaffnete“ und vermutlich noch ärmer werdende also auch insofern zu Recht.

Gewisse untergründige, in Loreto ziemlich deutlich sichtbar gewordene Spannungen zwischen dem Papst aus Polen, der den Bischöfen dieses Landes trotz ausgesprochenen Wunsches es nicht überlassen hat, den Vorsitzenden ihrer Konferenz selbst zu wählen und in der Person des Kardinalvikars für seine römische Diözese (Ugo Poletti) eine eher überraschende Lösung gefunden hat, wirken dabei eher belebend. Und so wurde auch die mehr organisatorische Profil und direkte und einheitliche, auch politische Präsenz fordernde Rede des Papstes in Loreto verstanden (vgl. Wortlaut in „Civiltà cattolica“, 6. 7. 85, S. 44–55). Da die Erfahrungen mit Loreto auch für die überwiegende Mehrheit des Episkopats positiv waren, ist anzunehmen, daß der Satz des früheren Vorsitzenden, Kardinal Ballestrero, die Kongreßverfahren werde sicher eine Fortsetzung finden, auch für seine Nachfolger gilt. Die Bischöfe haben allerdings in ihrer „Pastoralnote“ als einzige konkrete Maßnahme die Wiedereinführung der vor 17 Jahren aufgelösten Sozialen Wochen angekündigt. Vielleicht wäre es hilfreicher, auch im Sinne eines neu zu sichernden organisatorischen Profils die Kongreßverfahren von Loreto direkt fortzusetzen. *Andrea Dallago*

## „Die entscheidenden Grundpfeiler sind intakt“

### Ein Gespräch mit Brigadegeneral Werner von Scheven über Auswirkungen der Friedensbewegung auf die Bundeswehr

*Auch wenn die Friedensbewegung ihren Höhepunkt überschritten hat: Die erregten Auseinandersetzungen der letzten Jahre über Friede und Rüstung haben ihre Spuren hinterlassen. Ob und inwieweit das auch für die Bundeswehr gilt, darüber sprachen wir mit Brigadegeneral Werner von Scheven. Er leitet die Abteilung I im Führungsstab der Streitkräfte, die u. a. für innere Führung und politische Bildung zuständig ist. Die Fragen stellte Ulrich Rub.*

*HK:* Herr General von Scheven, selbst die engagiertesten Vertreter der Friedensbewegung geben unumwunden zu, daß diese Bewegung gegenwärtig in einer massiven Krise steckt, sowohl organisatorisch wie argumentativ. Diese Entwicklung wird sicher gerade bei der Bundeswehr sorgfältig beobachtet und analysiert. Sind Sie eigentlich froh darüber, daß es so gekommen ist?

*von Scheven:* Nein, wir sind nicht froh darüber. Schließlich hat die Bundeswehr ebensowenig ein innenpolitisches Feindbild wie ein außenpolitisches. Allerdings stellen wir mit einer gewissen Genugtuung fest, daß wir mit der Einschätzung der Friedensbewegung als eines heterogenen Gebildes richtig lagen, das eigentlich nur durch die Parole „Stoppt die Nachrüstung“ zusammengehalten wurde und zu gemeinsamen Aktionen fähig war. Inzwischen hat sich

deutlich herauskristallisiert, welche Gruppen in der Friedensbewegung für uns Gesprächspartner sein können, weil sie kenntnisreich und diskussionsfähig genug sind, um die notwendige weitere Debatte zu führen. Ich setze mich persönlich dafür ein, daß Soldaten auch das Positive an der Friedensbewegung sehen.

### „Die Bundeswehr hat die Anfragen zunächst nur zögernd angenommen“

*HK:* Wo würden Sie die Grenze ziehen? Mit welchen Teilen der Friedensbewegung, so wie sie sich zur Zeit darstellt, ist von der Bundeswehr aus gesehen das Gespräch möglich und mit welchen nicht?

*von Scheven:* Das Gespräch mit der Friedensbewegung ist im ganzen dadurch leichter geworden, daß an die Stelle der fast irrationalen Aufwallung am Beginn der neuen Friedensdiskussion inzwischen vielfach die Debatte um die geltende Strategie und Alternativen dazu getreten ist. Dieser Debatte kann sich die Bundeswehr besser stellen und ihre Argumente beisteuern. Es gibt aber immer noch Gruppen in der Friedensbewegung, die sich im Besitz der absoluten Wahrheit glauben und deshalb auch gar nicht bereit sind, auf unsere Argumente ernsthaft einzugehen.

*HK:* Vielleicht rächen sich heute auch frühere Versäumnisse der Bundeswehr. Hätte die Friedensbewegung überhaupt entstehen oder eine solche Bedeutung gewinnen können, wenn die Bundeswehr in früheren Jahren ihren Auftrag und ihre Strategie überzeugend vertreten und vermittelt hätte? Es gab doch zweifellos ein Vakuum, in das die Friedensbewegung mit ihrer Mischung aus Emotion und Argumentation hineinstoßen konnte ...

*von Scheven:* Sie weisen der Bundeswehr eine Verantwortung zu, die sie so nicht haben kann, wenn der Primat der Politik gilt. Nicht nur der Militarismus, das Vorherrschen militärischen Denkens und militärischer Formen in zivilen Institutionen und Eliten hatte seine Ursachen stets in der Gesamtgesellschaft. Auch die für die Bundesrepublik vielfach kennzeichnende Ignoranz militärischer Aspekte der Wirklichkeit in zivilen Institutionen und Eliten muß als gesamtgesellschaftliche Bedingung für die Bundeswehr gesehen werden. Es wurde und wird doch bei uns weithin als selbstverständlich hingenommen, daß sicherheitspolitische und strategische Fragen in Expertenzirkeln diskutiert werden, während man selber seinen Berufs- und Freizeitinteressen nachgeht. In der Frage des Friedens und der Verteidigung bilden aber alle Staatsbürger eine Haftungsgemeinschaft, nicht nur die Soldaten.

*HK:* Dann müßten Sie der Friedensbewegung eigentlich dankbar sein. Ist nicht unter ihrem Einfluß vielen Bürgern der Bundesrepublik erst wieder richtig bewußt geworden, was passieren könnte, wenn die Abschreckung versagt, was ein Krieg in Mitteleuropa bedeuten würde? Hat sie nicht der von Ihnen beklagten Verdrängung sicherheitspolitischer und strategischer Fragen entgegengewirkt?

*von Scheven:* Ein erheblicher Teil unserer Bevölkerung ist aus einem sicherheitspolitischen Tiefschlaf erwacht, hat aber dafür einen sicherheitspolitischen Alptraum eingetauscht. Sie haben insofern recht, als mit der Friedensbewegung der Auftrag des Soldaten wieder ins Gespräch kam, ohne daß wir darauf entsprechend vorbereitet gewesen wären. Die Anfragen und Herausforderungen wurden von der Bundeswehr zunächst nur zögernd und partiell angenommen. Das hat auch mit Mängeln in der politischen Bildung bei der Bundeswehr zu tun. Viele Soldaten, die plötzlich massiv angefragt wurden, waren nicht in der Lage, überzeugend und aussagekräftig zu argumentieren. Allerdings hat sich inzwischen einiges verändert: Wir haben die Herausforderung besser angenommen; wesentlich mehr Soldaten beteiligen sich aus Überzeugung an der Friedensdiskussion oder sehen sich sogar selber als Angehörige der Friedensbewegung.

*HK:* Einmal abgesehen von dieser Minderheit: Hat sich eigentlich während der Jahre der Friedensdiskussion die Einstellung der Soldaten zu ihrer Aufgabe verändert? Sind sie kritischer, nachdenklicher oder auch skeptischer geworden?

*von Scheven:* Nach allem, was uns an Berichten dazu vorgelegt wurde, hat sich die Friedensdiskussion auf das in-

nere Gefüge der Truppe im ganzen nicht wesentlich ausgewirkt. Es gibt jedenfalls keine signifikanten Befunde in dieser Richtung. Allerdings könnte die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung in gewisser Weise als Ventil gewirkt haben.

### **„Die Wehrpflichtigen sind wißbegieriger geworden“**

*HK:* Aber ganz spurlos kann doch die Friedensdiskussion an denjenigen, die in den letzten Jahren zum Grundwehrdienst in die Kasernen eingerückt sind, nicht vorübergegangen sein ...

*von Scheven:* Die Wehrpflichtigen sind sicher wißbegieriger geworden, das Interesse an Information und Diskussion hat zugenommen. Ich bin bis März Truppenführer gewesen und habe mit Genugtuung und Überraschung festgestellt, daß, wenn die Themen, die durch die Friedensdiskussion virulent geworden sind, in der staatsbürgerlichen Unterrichtung oder auch zu sonstigen Gelegenheiten angeschnitten wurden, das Interesse der Wehrpflichtigen dafür recht groß war. Allerdings muß man realistisch sehen, daß sich nur eine Minderheit aller Jugendlichen für Politik interessiert. Das bekommen wir bei den Wehrpflichtigen, die ja aus allen Schichten und Ausbildungsniveaus kommen, zu spüren. Nicht wenige Soldaten bringen in den Wehrdienst die Vorstellung mit, die militärische Verteidigung unseres Landes sei gleichbedeutend mit dem atomaren Inferno. Ihnen die Zusammenhänge zwischen konventioneller Verteidigung und nuklearer Abschreckung vom Krieg zu erklären ist eine schwierige und wichtige Aufgabe der Sinnvermittlung durch die verantwortlichen Vorgesetzten.

*HK:* Wie sieht es dann bei den Zeitsoldaten aus, die sich freiwillig für einen längeren Dienst in der Bundeswehr verpflichtet haben und entsprechend stärker motiviert sein müßten?

*von Scheven:* Von den Zeitsoldaten gehen die meisten in die Unteroffizierslaufbahn. Sie haben zunächst ein eher sportlich-fachliches Interesse am Soldatentum und denken nicht so intensiv über die politischen und ethischen Bezüge ihres Dienstes nach. Sie nutzen die Bundeswehr als ein Mittel zum sozialen Aufstieg im Zivilleben. Bei älteren Unteroffizieren sieht es dann allerdings etwas anders aus. Was die Offiziere auf Zeit betrifft, die 12 Jahre bei uns bleiben: Unter ihnen hat es gerade an den Universitäten der Bundeswehr in den letzten Jahren intensive Diskussionen gegeben, und vor zwei oder drei Jahren waren auch Wehrdienstverweigerer unter Offizieren auf Zeit zu verzeichnen. Ihre Zahl war nie sehr groß, aber trotzdem ist das ein Hinweis darauf, daß manche Offiziere unter dem Einfluß der Friedensdiskussion Probleme mit ihrem Beruf hatten.

*HK:* Fehlt noch die Gruppe der Berufssoldaten ...

*von Scheven:* Unter dem Einfluß der Friedensdiskussion ist die politische Bildung der Berufssoldaten intensiviert

worden, nicht zuletzt bei den Offizieren. Es sind Sonderaktionen gelaufen, um die Offiziere für die Fragen aus der Friedensbewegung diskussionsfähiger zu machen. Wir haben in dieser Zeit auch die Militäraseelsorge stärker zur Diskussion ethischer Fragen in Anspruch genommen, als das früher der Fall war. Überhaupt haben die ethischen Probleme, die mit dem Offiziersberuf zusammenhängen, in den letzten Jahren einen höheren Stellenwert bekommen, nachdem sie zuvor eher vernachlässigt wurden.

*HK:* Vor einiger Zeit zirkulierten Berichte über eine nichtveröffentlichte Studie der Bundeswehr zur Motivation von Wehrpflichtigen, Zeitsoldaten und Offizieren. Dieser Studie zufolge lehnt ein beträchtlicher Teil nicht nur der Wehrpflichtigen, sondern auch der Zeit- und Berufssoldaten Grundelemente der geltenden Nato-Strategie etwa hinsichtlich des Einsatzes von Nuklearwaffen ab. Wenn dem so ist, wäre das nicht eine sehr weitgehende Wirkung der Friedensbewegung auf die Bundeswehr?

*von Scheven:* Es handelt sich bei der Studie um ein Gutachten zur Überprüfung des Erlasses über erzieherische Maßnahmen. In diesem Zusammenhang hat das Sozialwissenschaftliche Institut auch Untersuchungen über das Erziehungsgeschehen in der Bundeswehr überhaupt und dann auch über die Motivation bis hin zur Wehrmotivation eingebaut. Dieses Gutachten war für den internen Gebrauch, um eine Vorschrift zu verändern. Wir wollten nicht durch eine Veröffentlichung vorzeitig Verunsicherung in bezug auf das Instrument der erzieherischen Maßnahmen in der Truppe hervorrufen. Nun sind aber Teile des Gutachtens bekannt geworden. Die Veröffentlichung wird zur Zeit geprüft.

### „Der Soldat der Bundeswehr wird seinen Auftrag erfüllen“

*HK:* Stimmen die Angaben, die in der Presse über den Inhalt dieses Dokuments zu lesen waren?

*von Scheven:* Wir haben eine sorgfältige Auswertung dieses Gutachtens vorgenommen. Tatsächlich sind die Aussagen über die Wehrmotivation, wenn sie isoliert gesehen werden, so ausgefallen, wie Sie es darstellen. Man muß aber zunächst die Einschränkungen berücksichtigen, die die Autoren selber in bezug auf den Aussagewert ihrer Untersuchung gemacht haben. Darüber hinaus sind wir zu der Meinung gekommen, daß bezüglich der Methode einige Fragezeichen zu setzen sind. Die Fragen sind nämlich fast ausschließlich so gestellt worden, daß der Gefragte sich vorstellen mußte, wir wollten von uns aus einen Krieg führen. Wenn man in dieser Richtung gefragt wird, ist natürlich die Ablehnungs- oder Verneinungsquote sehr hoch. Deshalb werden wir das Gutachten, wenn es zur Veröffentlichung kommt, mit einer Stellungnahme versehen.

*HK:* Ihrer Meinung nach wäre das Ergebnis demnach bei einer methodisch sorgfältigeren Untersuchung zur Wehr-

motivation bzw. zur Einstellung der Soldaten zur geltenden Strategie für die Bundeswehr positiver ausgefallen?

*von Scheven:* Wir müssen einfach davon ausgehen, daß die Einstellung zur Verteidigung in der Bundeswehr nicht wesentlich anders ist als in der Gesamtbevölkerung. Dazu gibt es ja etliche frühere Studien, nach denen die Nato-Mitgliedschaft von ca. 80 bis 90 Prozent der Bundesbürger befürwortet und die Bundeswehr von etwa 75 bis 80 Prozent der Bevölkerung als sehr wichtig oder wichtig angesehen wird. Diese Werte haben sich in den letzten 30 Jahren kaum verändert. Aber wenn danach gefragt wird, ob unser Land im Kriegsfall auch mit Atomwaffen verteidigt werden soll, sinkt die Zustimmungquote bei allen Umfragen sehr stark ab. Das dürfte auch unter den Soldaten nicht wesentlich anders sein, und zwar nicht erst seit der neuen Friedens- und Rüstungsdiskussion.

*HK:* Kann es die Bundeswehr bei dieser Erkenntnis bewenden lassen? Kann sie ihren Auftrag überhaupt noch erfüllen, wenn er selbst in ihren eigenen Reihen mehr oder weniger massiv in Frage gestellt wird, zumindest was den Verteidigungsfall angeht?

*von Scheven:* Bei aller Verunsicherung sind doch die entscheidenden Grundpfeiler immer noch intakt. Zum einen ist das die Loyalität gegenüber der politischen Führung, die von niemandem in Zweifel gezogen wird. Ich kenne keine ernst zu nehmende Stimme, die behaupten würde, die Bundeswehr sei nicht loyal oder im Krisenfall nicht zuverlässig gegenüber der Kontrolle durch die politische Leitung. Dasselbe gilt für das Kämpfenwollen, sollten wir in einen Verteidigungskrieg gezwungen werden. Auch hier habe ich nach meinen Erfahrungen als Truppenführer und nach den Informationen von allen Seiten, die mir in meiner jetzigen Tätigkeit zur Verfügung stehen, keinen Zweifel daran, daß der Soldat der Bundeswehr seinen Auftrag erfüllen wird.

*HK:* Aber Sie müssen doch davon ausgehen, daß es in der Bundesrepublik auch nach dem Abflauen der emotional aufgeladenen Friedensbewegung zumindest eine aktive Minderheit in der Bevölkerung mit einer erheblichen Resonanz in der Öffentlichkeit gibt, die nicht nur weit stärker als früher für sicherheitspolitische Fragen und Probleme sensibilisiert ist, sondern dem System der Abschreckung und damit auch dem Auftrag der Bundeswehr massiv mißtraut. Wie kommt die Bundeswehr damit zu recht?

*von Scheven:* Wir beobachten natürlich mit einiger Besorgnis den Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses der Parteien. Das ist ein neues Phänomen, mit dem sich die Soldaten auseinandersetzen haben. Wir waren bisher in der komfortablen Situation, daß wir uns unter Regierungen unterschiedlicher Zusammensetzung mit deren Sicherheitspolitik innerlich einverstanden erklären konnten. Andere Armeen haben Erfahrungen mit dem sicherheitspolitischen Dissens, wir nicht. Wenn ich an die Niederländer denke, ein holländischer Soldat ist längst an

solche Dinge gewöhnt. Wir werden uns auch daran gewöhnen müssen.

### „Wir haben ganz praktisch darüber nachzudenken, was Verteidigung bedeuten würde“

*HK:* Über die Probleme, die auf die Bundeswehr im Fall einer Ablösung der jetzigen Regierungskoalition zukommen würden, brauchen wir im Augenblick nicht zu spekulieren. Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundeswehr jetzt schon aus der Tatsache, daß der sicherheitspolitische Konsens in mancher Hinsicht labiler geworden ist?

*von Scheven:* Der Wehrbeauftragte hat in seinem Jahresbericht 1984 festgestellt, daß die Behandlung politisch Andersdenkender in der Bundeswehr teilweise zu wünschen übrig lasse. Wir müssen also in jedem Fall noch mehr als bisher lernen, demokratische Toleranz zu üben, schon weil wir die Bundeswehr ja nicht von der politischen Diskussion abschotten können. Das darf allerdings nicht auf Kosten unseres gesetzlichen Auftrags gehen. Es ist auch eine Konsequenz der Friedensdiskussion, daß wir in der Bundeswehr stärker über die Bedingungen der Kriegstüchtigkeit im Sinne konventioneller Verteidigung nachdenken müssen. Viele Wehrpflichtige, Zeit- und Berufssoldaten, haben keine rechte Vorstellung vom Krieg. Das ist für eine Armee, die für einen solchen Fall ausgebildet, ein gefährliches Defizit.

*HK:* Aber kommt die Bundeswehr dabei nicht in eine Zwickmühle: Wird der mögliche Ernstfall intern wie gegenüber der Öffentlichkeit zu stark heruntergespielt, kann darunter die Abschreckung leiden? Wird aber, wie es Ihnen offenbar vorschwebt, die Kriegstüchtigkeit stärker in den Vordergrund gestellt, führt das unter Umständen zu unberechtigter Kriegsangst oder zu einer schleichen- den Militarisierung, die dann auch auf das politische Klima durchschlagen kann.

*von Scheven:* Die Gefahr der Übertreibung ist immer gegeben, wenn man versucht, gegenzusteuern. Man kann dabei auch übersteuern. Wir wollen als Bundeswehr aber nur das tun, was unsere Pflicht und unsere Aufgabe ist. Wir haben darüber nachzudenken, was Verteidigung bedeuten würde, und zwar ganz praktisch, im Einsatz unserer Waffensysteme durch unsere Soldaten, im Kampf. In dieser Beziehung wurde in der Vergangenheit manches vernachlässigt, das wir jetzt aufarbeiten.

*HK:* Einmal abgesehen von dem Grundproblem, das in der vielgebrauchten Formel vom „kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“ steckt: Wie muß es sich auf die Motivation der Soldaten, die auf den Ernstfall Verteidigung ausgebildet werden, auswirken, wenn sie immer wieder in der Zeitung lesen können, die Nato müsse unter den gegebenen Umständen bei einem Krieg in Mitteleuropa schon nach wenigen Tagen Atomwaffen einsetzen, um eine Niederlage zu verhindern?

*von Scheven:* Die unleugbaren Schwachstellen bei den Instrumenten unserer Strategie haben die verantwortlichen Politiker dazu veranlaßt, zunächst die Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit und die Überwindung einer zu großen Abhängigkeit von der nuklearen Eskalation als das wichtigste anzustrebende Zwischenziel in Aussicht zu nehmen. Und für die Truppe hat das die Konsequenz, daß wir uns stärker auf die effektive Führung eines konventionellen Verteidigungsgefechtes einstellen als das vielleicht früher der Fall gewesen ist. Wir glauben, daß es eine positive Einstellung des Soldaten zu seinem Dienst fördern wird, wenn er weiß, daß der Erfolg eines konventionellen Verteidigungsgefechtes auch darüber entscheiden kann, ob der Schritt zur Gegenwehr mit nuklearen Mitteln überhaupt noch notwendig ist.

*HK:* Gibt es hier nicht Parallelen zu den Befürwortern alternativer Strategien, die unter anderem ja auch eine stärkere Konventionalisierung der Verteidigung anzielen?

*von Scheven:* Solche Parallelen gibt es nur begrenzt. Wir wollen ja nicht konventionalisieren in dem Sinne, daß wir die Nuklearwaffen aus der Strategie verdrängen. Die Nuklearwaffen haben in der Strategie eine bedeutende Rolle und sie werden und müssen diese Rolle auch behalten, bis wirklich eine überzeugende Alternative gefunden ist. Sie ist im Moment nicht in Sicht. Aber wir wollen in jedem Fall die starke Abhängigkeit von einer frühen nuklearen Eskalation zur Beendigung des Krieges vermeiden und demgegenüber stärker auf eine glaubwürdige konventionelle Verteidigung setzen. Ich sehe darin durchaus einen Weg, um übertriebenen Ängsten entgegenwirken und die Akzeptanz der Bundeswehr und ihres Auftrags in der Bevölkerung auch in der Zukunft sichern zu können.

### „Die Voraussetzungen der Verteidigungsfähigkeit müssen von der Gesellschaft als ganzer getragen werden“

*HK:* Merkwürdigerweise bekommen die Kritiker der Abschreckungsstrategie seit neuestem aber aus einer Ecke Argumente geliefert, aus der es gar nicht zu vermuten war. Die Befürworter von SDI können sich ja in der Beschwörung der Aporien und Risiken des gegen die Friedensbewegung verteidigten Systems der Abschreckung gar nicht genug tun. Schafft das für die Bundeswehr nicht eine noch unbehaglichere Situation?

*von Scheven:* Sicher ist es durch die SDI-Debatte schwieriger geworden, die Legitimation für die herrschende Strategie aufrechtzuerhalten und zu festigen. Präsident Reagan hat ja die Abschreckungsstrategie sogar als unmoralisch apostrophiert. Wenn man aber bei den SDI-Verfechtern nachfragt, kommt von allen die gleiche Antwort: Wir werden noch geraume Zeit an der jetzigen Strategie der Nato festhalten müssen, bis wirklich ein Ersatz dafür gefunden ist. Ob er gefunden werden kann, ist überhaupt nicht sicher. SDI könnte allerdings durchaus die Chance eröffnen, daß wir zu einer Überwindung der Abschrek-

kungsstrategie oder zumindest zu einer Minderung der Aporien kommen, die in dieser Strategie stecken. Das ist aber alles noch Zukunftsmusik.

*HK:* SDI bzw. die Strategiedebatte überhaupt ist nur eine der schwierigen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf die Bundeswehr zukommen. Der Wehrdienst wird verlängert, neue Waffensysteme werden immer kostspieliger. Könnte es nicht sein, daß die Belastungen durch das Abschreckungssystem in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit an eine Schmerzgrenze stößt und damit auch die Bundeswehr unter einen noch stärkeren Legitimationsdruck gerät als in den Jahren der Friedensbewegung?

*von Scheven:* Ich möchte das nicht ausschließen. Wir führen ja – um Ihr erstes Stichwort herauszugreifen – mit der Bundeswehrplanung für die 90er Jahre die allgemeine Wehrpflicht bzw. das Prinzip Wehrpflichtarmee tatsächlich einer Schmerzgrenze zu, die wir bisher nicht gekannt haben. Das gilt für die Betroffenen, das gilt aber auch für alle, die an dem Opfer Wehrpflicht beteiligt sind, als Arbeitgeber, als Eltern oder als Bildungsinstitutionen. Dieses Opfer muß der Gesellschaft aber abverlangt werden, wenn die Sicherheit der Bundesrepublik gegen militärische Pression und Aggression auch in den neunziger Jahren im Nordatlantischen Bündnis gesichert werden soll. Die Voraussetzungen der Verteidigungsfähigkeit müssen von der Gesellschaft als ganzer geschaffen und getragen werden: sie lassen sich in Zukunft weniger denn je an die Bundeswehr delegieren.

*HK:* Aber kann die Bundeswehr denn im Blick auf die kommenden Jahre davon ausgehen, daß die Gesellschaft, an die Sie appellieren, die Belastungen durch die Verteidigungsanstrengungen noch ausreichend akzeptiert?

*von Scheven:* Wir werden die Entwicklung in den verschiedenen Bereichen jedenfalls sorgfältig beobachten müssen und sollten uns keine Illusionen machen. Ein Indiz dürfte die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung sein. Von 1983 auf 1984 waren die Zahlen nach der Neuregelung ja stark rückläufig, aber die ersten Monate dieses Jahres zeigen wieder eine steigende Tendenz.

*HK:* Wächst dann nicht fast zwangsläufig die Versuchung, mit eher fragwürdigen Mitteln für die Bundeswehr zu werben, sei es in der direkten Nachwuchswerbung oder auch überhaupt bei der Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit? Vor kurzem war von Plänen der Luftwaffe zu lesen, so etwas wie Ferienlager für interessierte Jugendliche zur Werbung für den Dienst in dieser Waffengattung zu organisieren ...

*von Scheven:* Ich würde die von Ihnen angesprochenen Aktivitäten nicht überbewerten und sie zu einer verschleierten vormilitärischen Ausbildung hochstilisieren. Hier hat die Bundeswehr einfach auf ein Bedürfnis in bestimmten Gruppen von Jugendlichen reagiert und ihnen ihre Mittel zur Verfügung gestellt. Daß Personal- und Motivationsprobleme der Bundeswehr durch solche oder

ähnliche Maßnahmen zu lösen sind, wird niemand im Ernst behaupten wollen.

### **Es gibt kaum ein Land, in dem das Militär so wenig in Erscheinung tritt**

*HK:* Daß Teile der Öffentlichkeit bei uns auch schon auf recht unspektakuläre Formen militärischer Selbstdarstellung sehr allergisch reagieren, muß doch auch der Bundeswehr einleuchten. Schließlich sind wir nicht nur gebrannte Kinder, sondern haben auch noch das abschreckende Beispiel von Wehrkunde und obligatorischer vormilitärischer Erziehung in der DDR vor Augen ...

*von Scheven:* Man sollte die Kirche im Dorf lassen: Ich habe gerade eine Reise mit dem Generalinspekteur nach Jugoslawien und in die Türkei hinter mir und muß sagen, im Vergleich dazu sind wir ein völlig unmilitarisierendes Land. Jugoslawien stellt zu seiner Verteidigung acht Millionen Bewaffnete auf, das ist ein Großteil der Bevölkerung. Es gibt doch kaum ein Land, in dem das Militär so wenig in Erscheinung tritt wie die Bundesrepublik. Es zeigt sich ja auch bei Umfragen, daß viele Leute zu Protokoll geben, man sehe eigentlich zu wenig von der Bundeswehr.

*HK:* Die Bundeswehr dürfte in den nächsten Jahren zwar schon mit ihren personellen und finanziellen Problemen alle Hände voll zu tun haben. Trotzdem muß sie sich gerade angesichts des öffentlichen Legitimationsdrucks um die Begründung und Vermittlung ihres Auftrags nach innen wie nach außen bemühen. Wo müssen dabei gerade nach den Erfahrungen mit der Friedensdiskussion der letzten Jahre die Prioritäten liegen?

*von Scheven:* Vorrang hat in jedem Fall die Arbeit für die politische Grundorientierung unserer Soldaten selbst. Wir sind ja in erster Linie für die jungen Leute verantwortlich, die mit sehr unterschiedlicher Motivation zur Bundeswehr kommen. Mit der Information und politischen Bildung der Soldaten leisten wir zugleich ein Stück Information der Öffentlichkeit, denn die Soldaten selber tragen ja ihre Erfahrungen und Einsichten nach draußen und prägen so das Bild der Bundeswehr in der Bevölkerung mit.

*HK:* Nach dem, was von Wehrpflichtigen zu hören ist, gilt es in dieser Hinsicht noch einiges zu verbessern ...

*von Scheven:* Für Information, politische Bildung und Motivation kann man gar nicht genug tun. Wir kämpfen ja mit den Defiziten, die uns immer wieder auch von wissenschaftlichen Instituten, die einschlägige Untersuchungen anstellen, vorgehalten werden. Die Wehrpflichtigen erheben selbst den Vorwurf, sie hätten eine Grundorientierung über Wehrdienst und Verteidigung vor ihrer Einberufung zur Bundeswehr vermißt. Wichtig ist daher auch die direkte Öffentlichkeitsarbeit: wir müssen uns überall stellen, wo Fragen erörtert werden, zu denen wir aus unserem Sachverstand heraus etwas beitragen können, sei es in den Kirchen oder in den Schulen. Allerdings können

wir nicht erwarten, daß wir in unserer pluralistisch verfaßten Gesellschaft eine völlige Zustimmung zu dem finden werden, was wir sind und was wir tun. Wir müssen immer mit einem gewissen Prozentsatz von entschiedener Opposition und Ablehnung rechnen. Ich finde das normal für eine Wehrpflichtarmee in dieser Gesellschaft.

### „Unsere Verteidigungsanstrengungen haben vor den Kriterien der Kirchen Bestand“

*HK:* Auf Opposition und Ablehnung stößt das Abschreckungssystem und damit auch die Bundeswehr nicht zuletzt in Teilen der großen Kirchen in der Bundesrepublik. Es gab in der Friedensbewegung eine starke Teilströmung, die ihr Engagement aus dem christlichen Glauben heraus begründet, und diese christlich motivierte Friedensbewegung ist auch weiterhin in vielen Gruppen und Gemeinden aktiv. Das hat auch der jüngste Kirchentag gezeigt. Welche Auswirkungen hatten bzw. haben diese Anfragen aus den Kirchen für die Bundeswehr?

*von Scheven:* Es gibt vor allem bei evangelischen Christen unter den Soldaten eine erhebliche Verunsicherung. Das geht ja so weit, daß etliche Soldaten aus der Kirche ausgetreten sind oder einen solchen Schritt zumindest erwogen haben. Ich selber bin und bleibe aktiv in meiner Kirche, weil ich die Kirche als einen Ort sehe, wo sich Christen und Nichtchristen, Vertreter kontroverser Auffassungen, Anhänger verschiedener Gruppierungen friedlich auseinandersetzen können. Die Kirche bietet ein Forum, auf

dem auch die Vertreter der gegensätzlichsten Auffassungen im allgemeinen noch brüderlich miteinander umgehen, auch wenn es das in einzelnen Gemeinden und Gruppen inzwischen nicht mehr gibt. In jedem Fall sollten wir Soldaten die Kirche unterstützen: Sie kann Christen erziehen, die an wichtigen Stellen in Staat und Gesellschaft Verantwortung vor Gott für die Menschen übernehmen, deren Gewissen vom Glauben geschärft und auch getröstet wird.

*HK:* Nun haben die Kirchen in der Friedensdiskussion nicht nur an die Verantwortung aller Beteiligten appelliert, sondern auch in ihren offiziellen Verlautbarungen strenge Kriterien genannt, unter denen Abschreckung moralisch zu rechtfertigen ist. Das gilt für die Friedensdenkschrift der EKD ebenso wie für das Friedenswort der deutschen Bischöfe ...

*von Scheven:* Ich halte die erwähnten Verlautbarungen für hilfreich. Die Kriterien, die vor allem von den katholischen Bischöfen aufgestellt worden sind, nehme ich sehr ernst. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Verteidigungsanstrengungen vor diesen Kriterien Bestand haben. Daß die Kirchen ihre Zustimmung zur derzeitigen Sicherheitspolitik an Bedingungen knüpfen, ist ebenfalls legitim. Schließlich halten auch die Politiker und Militärs die Abschreckung mit ihrer Abstützung auf nukleare Waffen nicht für das ein für allemal seligmachende Konzept der militärischen Sicherheit. Wenn sie Wege wüßten, die uns aus dem Dilemma dieser Strategie herausführen könnten, würden sie diese Wege sicher beschreiten.

## Etappen der Ökumene

### Visser 't Hooft: Leben und Werk

*Am 4. Juli starb in seinem Haus in Genf der Gründungssekretär (1948–1966) und spätere Ehrenpräsident des Ökumenischen Rates der Kirchen, der niederländische reformierte Theologe Willem Visser 't Hooft in seinem 85. Lebensjahr. Person und Leistung eines der zweifellos bedeutendsten Zeugen und Akteure dieses Jahrhunderts kann in einem Zeitschriftenbericht nicht unter allen Gesichtspunkten angemessen gewürdigt werden. Vor die Wahl gestellt, welche Schwerpunkte wir setzen möchten, haben wir uns, ohne den frühen Visser 't Hooft (wenigstens in seinen Ideen als Ökumeniker) ganz zu vernachlässigen, vor allem auf die Zeit seit Ende der 50er Jahre konzentriert, die mit der Johanneischen Wende und dem Eintritt der katholischen Kirche in die ökumenische Bewegung (durch das II. Vatikanum) zusammenfällt. Jan Grootaers, Professor in Löwen und als langjähriger Chefredakteur von „De Maand“ (Brüssel) seit den Anfängen der Ökumene mit dieser und auch mit Visser 't Hooft persönlich bestens vertraut, hat in seiner Darstellung einen Weg*

*quer durch offizielle Vorgänge und persönliche Erinnerungen gewählt. Dabei hat er manches bisher Unbekannte bzw. Unveröffentlichte aus dem Leben Visser 't Hoofts zutage gefördert, was vor allem sein Verhältnis zu Rom beleuchtet.*

Mit Willem A. Visser 't Hooft (geboren am 20. 9. 1900 in Haarlem, verstorben am 4. 7. 1985 in Genf) hat einer der einflußreichsten Kirchenführer unseres Jahrhunderts sein Leben beschlossen. Man hat ihn mit Recht den „Architekten“ des Weltkirchenrats genannt; er war Theologe, weltweit operierender Diplomat und vor allem prophetischer Christ. Seine ökumenische Berufung – von einer solchen muß man wohl sprechen – hat in erstaunlicher Kontinuität sein ganzes Leben durchgehalten.

Deutlicher Beleg dafür sind seine Tätigkeiten als Sekretär zunächst des Weltbunds der Christlichen Vereinigung Junger Männer (1924) und dann der Weltvereinigung christlicher Studenten (1931), als Generalsekretär des